

3.27 Ein Europäischer Hochschul- und Forschungsraum

Antragsteller: FGA Hochschule und Forschung

5

GEW Forderungen zur Internationalisierung der Hochschul- und Forschungspolitik

10

1. Die Gewerkschaften fordern, dass die bislang weitgehend nebeneinander herlaufenden Integrationsprozesse im Bereich Hochschule und Forschung zusammengeführt werden. Es soll ein „Europäischer Raum für Hochschule und Forschung“ entstehen.

15

2. Der Zugang zu den Hochschulen muss weiter geöffnet werden, um die Teilhabe der Gesellschaft am wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zu sichern, im individuellen wie im gesellschaftlichen Interesse. Die „Bildungsreserven“ müssen mehr als bisher ausgeschöpft werden. Die Beteiligung der Frauen an der Wissenschaft muss ausgebaut werden. Die Wissensgesellschaft setzt informierte, kompetente Menschen voraus, die aktiv mit den neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien umgehen können. Die *Öffnung der Hochschulen* muss durch ihren materiellen und personellen Ausbau möglich gemacht werden. Die dafür erforderlichen „Investitionen in die Zukunft“ müssen in einem verbindlichen Konzept europaweit realisiert werden. Der Nachweis der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft soll zum Maastricht-Kriterium werden.

20

25

30

35

40

45

3. Die GEW unterstützt die *Einführung von konsekutiven Studiengängen* an den europäischen Hochschulen, wenn die Durchlässigkeit zwischen den Bachelor- und Master-Studiengängen grundsätzlich garantiert wird. Die GEW wird alle Versuche bekämpfen, die B.A.-Ausbildung als Sparmodell zu instrumentalisieren und als Verkürzung von Bildungschancen zu missbrauchen. Zugangsbeschränkungen in Form von besonderen Notendurchschnitten oder Quoten werden

50

55

60 abgelehnt. Die Studierenden sollen
selbst entscheiden, mit welchen Qua-
lifikationen sie die Hochschulen ver-
lassen wollen. Weil die Akzeptanz der
neuen Abschlüsse bei den privaten
wie öffentlichen Arbeitgebern - zu-
65 mindest zur Zeit - nicht überall ge-
geben ist, verlangen die
Gewerkschaften, dass bei der nächsten
Bologna-Konferenz, in Bergen 2005,
ein „Bericht über die Einführung von Ba-
70 chelor- und Master-Studiengängen“ vor-
gelegt wird. Erst dann sollte
entschieden werden, ob die neuen
Bachelor- und Master-Studiengänge
schon so gut sind, dass sie die alten
75 Studiengänge und Abschlüsse flä-
chendeckend ersetzen können. Alles
andere wäre den Studierenden gegen-
über unverantwortlich. Dabei bietet
es sich an, Arbeitgeber und Gewerk-
80 schaften miteinzubeziehen. Der „so-
ziale Dialog“ der Europäischen
Union wäre ein guter Weg für eine
Studienreform, die als transparenter
Aushandlungsprozess die Partizipati-
on der Betroffenen ermöglicht.

85 4. Die Expansion der Hochschulen, die
Differenzierung ihrer Studienangebo-
te und die Ausbildungsinteressen der
Studierenden machen ein Überden-
90 ken des Verhältnisses von *Studium*
und *Beruf* erforderlich. Die GEW un-
terstützt die Diskussion über berufs-
qualifizierende Abschlüsse, so lange
dieses nicht zu einer unkritischen
95 Anpassung an kurzfristige Arbeits-
marktinteressen führt. Eine breit ange-
legte wissenschaftliche Ausbildung ist
Voraussetzung für lebenslanges und
damit auch nachhaltiges Lernen.

100 5. Die Selbstverwaltungsrechte der
Hochschulen sollen gestärkt werden,
der Staat will Kompetenzen bei der
Genehmigung von Studien- und Prü-
105 fungsordnungen delegieren. In der
Konsequenz müssen die Hochschulen
selbst die Qualität ihrer Arbeit garan-
tieren. Zu den Qualitätskriterien ge-
hört auch die erfolgreiche Beteiligung
110 von Frauen.
Die GEW hat zusammen mit den eu-
ropäischen Bildungsgewerkschaften
eine international vergleichende Stu-
die über „*Accreditation in the Frame-*

- 115 *work of Quality Assurance Activities in*
Europe“ vorgelegt und angeboten, sich
an nationalen und internationalen
Evaluations- und Akkreditierungsverfah-
120 *ren* zu beteiligen, wenn transparente
und faire Mitbestimmungsmöglich-
keiten gewährleisten, dass es vor allem
um eine inhaltliche Verbesserung der
Qualität von Lehre und Studium ge-
hen soll.
- 125
- 130 6. Dass die Arbeitsbedingungen des wis-
senschaftlichen Personals bislang
nicht auf der Agenda des Bologna-
Prozesses standen, ist offensichtlich
auch der Tatsache geschuldet, dass
das wissenschaftliche Personal und
die sie vertretenden Gewerkschaften
nicht an den Entscheidungsprozessen
beteiligt worden sind. Die GEW hat
135 zusammen mit der Bildungs-
Internationale und dem European
Trade Union Committee for Education
(ETUCE) die international verglei-
chende Studie „*The International*
Attractiveness of the Academic Workplace
in Europe“ vorgelegt, um auf die man-
gelnde Attraktivität der wissenschaft-
lichen Arbeitsplätze in Europa
hinzuweisen. Mobilitätshindernisse
145 werden darin genauso aufgezeigt wie
die negativen Folgen der zunehmen-
den Flexibilisierung der wissenschaft-
lichen Arbeitskraft. Wer von den
Hochschulen Qualität erwartet, der
muss den in ihnen Beschäftigten eine
150 wissenschaftsadäquate, kreativitäts-
und innovationsfördernde Qualität
der Arbeitsbedingungen anbieten. Ei-
ner deutlichen Verbesserung der Kin-
derbetreuung kommt dabei eine
155 wichtige Bedeutung zu.
Die von der Europäischen Kommissi-
on vorgelegte Studie „*Researchers in*
the European Space of Research“
160 zeigt, dass die gewerkschaftlichen
Forderungen auch für die For-
schungseinrichtungen in Europa gel-
ten.
- 165 7. Angesichts der demografischen Ent-
wicklungen und der wachsenden Be-
deutung von Hochschule und
Forschung für die „Wissensgesell-
schaft“ müssen besondere Anstren-
170 gungen unternommen werden,
jüngere WissenschaftlerInnen für die

175 Arbeit im „Europäischen Hochschul-
und Forschungsraum“ zu gewinnen
und zu fördern. Die Gewerkschaften
halten das Konzept, die *Promotion als*
3. Phase des Studiums zu organisieren,
für wenig geeignet, deren Attraktivität
zu verbessern. Die Gewerkschaften
180 fordern, die *Promotion als 1. Phase der*
wissenschaftlichen Arbeit anzuerkennen.
Die jungen WissenschaftlerInnen sol-
len auf der Basis von Promotionsver-
trägen als wissenschaftliche Mit-
arbeiterInnen beschäftigt und vergütet
185 werden. Zur nächsten Bologna-
Konferenz soll ein „*Bericht über die un-*
terschiedlichen Wege zur Promotion in
Europa“ vorgelegt werden. Er soll
Konzepte und Praxis evaluieren und
190 Vorschläge für einen „europäischen
Status für junge WissenschaftlerIn-
nen“ entwickeln. Nur so wird eine
grenzüberschreitende wissenschaftli-
chen Zusammenarbeit ermöglicht.
195

8. Die europäischen Bildungsgewerk-
schaften anerkennen, dass die europä-
ische Hochschul- und Forschungs-
politik eine wichtige Rolle in der
200 weltweiten Auseinandersetzung um
die Liberalisierung des Handels mit
Dienstleistungen spielt. Sie sind der
Auffassung, dass Bildung ein öffentli-
ches Gut bleiben muss und nicht zur
Ware verkommen darf. Die europäi-
sche Forschung bedarf der öffentli-
chen Förderung. Deswegen unter-
stützen die Gewerkschaften den Be-
schluss der europäischen Regierung-
chefs, 3 Prozent des BNP für
210 Forschung zur Verfügung zu stellen.
Die Gewerkschaften erwarten von den
TeilnehmerInnen der Bergen-
Konferenz eindeutige Maßnahmen
gegen die „Vermarktung von Bildung
und Wissenschaft“. Nicht „Markt und
Mode“, nicht vorrangig handelspoliti-
sche Interessen sollen die Ziele und
Inhalte von wissenschaftlicher Arbeit
215 bestimmen, sondern die Suche nach
neuen wissenschaftlichen Ergebnis-
sen. Deswegen sollten die GATS-
Verhandlungen der Welthandelsorga-
nisation (WTO) für den Bereich Bil-
dung und Wissenschaft ausgesetzt
225 und die Regelungen für „transnationa-
le Bildung“ und der internationalen
Wissenschaftskooperation der

230 UNESCO übertragen werden. Wissenschaft muss ihrer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung für die soziale und ökonomische, für die kulturelle und ökologische Entwicklung gerecht werden.

235 9. Die GEW hält einen breit angelegten öffentlichen Diskurs über die Schaffung eines „Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes“ für notwendig, um die Willensbildung in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu intensivieren und für eine aktivere deutsche Interessenvertretung in den europäischen Gremien und Foren zu sorgen.

240 Die GEW fordert, dass die im November 2004 erreichte Beteiligung der Gewerkschaften an der nationalen Vorbereitungsgruppe für die Bologna-Konferenz auch auf der europäischen Ebene realisiert wird.

250 Die GEW schlägt vor, eine „nationale Bologna-Konferenz“ einzuladen, um die deutschen Beiträge für die nächsten Bologna-Konferenzen vorzubereiten.

260 **Begründung:**

265 Gewerkschaftsarbeit ist immer auch internationale Arbeit. Soziale, politische und ökonomische Abhängigkeiten sollen abgebaut, soziale Gleichheit durchgesetzt werden. „Education for all“ heißt die entsprechende Bildungspolitik der in der Bildungs-Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften.

270 Internationale Gewerkschaftsarbeit heißt auch Verteidigung von langerkämpften Lebens- und Arbeitsstandards gegen Sozialdumping und eine Globalisierungspolitik, die vorrangig von kurzfristigen Shareholder-Value Interessen bestimmt wird. Internationale Gewerkschaftsarbeit bietet viele Möglichkeiten, rechtzeitig Fehlentwicklungen zu erkennen, sie bietet aber auch die Chance, „von den Nachbarn zu lernen“.

280 Die GEW hat mit einer Reihe von Veranstaltungen die notwendigen „europäischen Lernprozesse“ unterstützt: „Auf dem Weg in die Europäische Union“ (1994) und „Grenzenlo-

se Wissenschaft – Forschung zwischen ethischem Anspruch, finanziellen Restriktionen und globalem Wettbewerb“ (1997) waren Themen der GEW Sommerschule. 2003 hat die GEW zusammen mit dem European Trade Union Committee (ETUCE) und der Bildungs-Internationalen (Education International, EI) ein Berlin-Forum zum Thema „Shaping the European Area of Higher Education and Research“ (10.-13. April 2003) veranstaltet. Die europäische Idee braucht informierte und motivierte Trägerinnen und Träger. Dazu wollen wir beitragen.

300

Beschlossen am 26. April 2005